

Bewegung für Sozialismus  
FÖJ

**offensiv  
links**

Dez. '74  
Sondernummer

**Straßen-  
bahn +30%  
Heiz-  
kosten +60%  
Gas +51%**

# Tariferhöhung: Nein!

## Proteste aus Betrieben

### Firma EXPRESS

200 Arbeiter und Angestellte der Firma Spedition EXPRESS beschlossen Protestresolution gegen die Tariferhöhungen. Sie fordern Gewerkschaft und Arbeiterkammer auf, geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Tariferhöhungen zu unternehmen. Mit dieser Resolution wandten sie sich auch alle Speditionsbetriebe, sich diesem Protest anzuschließen.

### Firma LOBA - CHEMIE

Der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat verabschiedete eine Protestresolution.

### Firma GÖRZ - ELEKTRO

Der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat protestierte in einem Brief an Bürgermeister Gratz: "Als besonders hart empfinden die Arbeiter und Angestellten die enorme Steigerung der Fahrtkosten zum Arbeitsplatz. Daran kann auch die Umwandlung der Streckenkarte in eine Netzkarte nichts ändern. Jeder, der mit den Lebensgewohnheiten der in den Betrieben arbeitenden Menschen vertraut ist, weiß, daß diese Netzkarte in den meisten Fällen nur zweimal im Tag benützt wird.

### ÖMV - TANKLAGER

Der Betriebsrat verabschiedete eine Protestresolution.

### PROTEST IM GEMEINDERAT

Beim Beschluß der Fahrpreiserhöhungen protestierten empörte Arbeiter mit Spruchbänder und Transparenten gegen die unzumutbaren Maßnahmen. Diese Aktion wurde jedoch von den Massenmedien geflissentlich verschwiegen.

VERLANGT IN DEN BETRIEBEN  
PROTESTVERSAMMLUNGEN !!!  
UNTERSTÜTZT DIE BEWEGUNG  
FÜR DIE RÜCKNAHME DER TARIF-  
ERHÖHUNGEN !!!!

**Gegen Fahrpreiserhöhung - Nulltarif**

**Finanzierung der öffentlichen  
Verkehrsmittel aus Unternehmergewinnen**

**Gegen Erhöhung  
der Strom-, Gas- und Heizkosten**

# Weihnachten 1974:

# Eine schöne

Müssen wir die Tatsachen nochmals aufzählen ?? Nein, die Roßkur ist bekannt.

## bleiben wir beim Verkehr.

Was meint der Herr Bürgermeister dazu? Er hat nämlich einen Genieblitz! Er schlägt vor, die Kfz-Steuer um das Doppelte zu erhöhen (wieder einmal!), und dafür den Autofahrern einen "Frei"fahrerschein in Form ihres Zulassungsscheines in die Hand zu drücken. Damit sie wenigstens den Trost haben, für ihr gutes (oder vielmehr schlechtes) Geld mit der teilweise museumsreifen Wiener Bim fahren zu dürfen. Was gleich eine doppelte Frechheit ist! Die Nichtautobesitzer – es soll in Wien noch etliche geben, wie es heißt, und zwar verhältnismäßig viel mehr als in vergleichbaren westeuropäischen Großstädten – also die Nichtautobesitzer zahlen bis zum Fünffachen der Autobesitzer. Aber wir sind ja sozial. Und die Autobesitzer? Wie oft werden die wohl anstelle ihres Gefährtes die Straßenbahn benützen? Nur nebenbei bemerkt: Im Grunde läuft dies in der Konsequenz auf einen Nulltarif für Autobesitzer hinaus, für den die Nichtautobesitzer bezahlen. Nulltarif: Es ist doch ein gar schreckliches Wort für dynamische Managertypen. Da könnt' ja jeder kommen!

Wundert es jemand, wenn bei solchen Tarifen jährlich 13 Millionen Schwarzfahrten zusammenkommen? Aber auch das wird sich ändern. Bisher konnten einem die "Schwarzen" juristisch nichts anhaben und wer die

100 Schilling bezahlt hat, ist selbst dafür verantwortlich. Jetzt wird es anders. Ab 1. Jänner 1975 tritt nämlich nicht nur die horrende Tarifierhöhung in Kraft – soferne wir es bis dahin nicht verhindern –, sondern auch ein neues Wirtschaftsstrafrecht. Und da drin findet sich ein Delikt Automatenbetrug, maßgeschneidert auf die Wiener Verkehrsbetriebe.

Und dieses Spielchen betitelt sich "Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs." Was wird da erhöht? Haben wir richtig gehört? Die Wartezeiten, die jetzt schon zwei Drittel der Fahrzeiten ausmachen? Die Verkehrsverstopfungen? Die Einnahmen der Stadtwerke? Nein!

Die Attraktivität der öffentlichen Verkehrs! Bravo, Herr Bürgermeister!!

Wollen wir einmal ein paar Zahlen bringen. Damit niemand daran Anstoß nimmt: Sie stammen aus einer Untersuchung, welche die Gemeinde selbst in Auftrag gab, 1972 schon. Seither haben sich die Verhältnisse nicht verbessert. Aber halten wir uns an das, was die Gemeinde selbst zugeht. Damals also machte der private Verkehr noch nicht ganz dieselbe Anzahl von Streckenkilometern aus. Dürfen wir vielleicht darauf hinweisen, daß inzwischen sowohl die Motorisierung fortgeschritten ist als auch das Liniennetz verringert wurde und zudem noch zwischendurch der Fahr-

preis stieg. Was die Reiseziele betrifft: Nur 14,3% aller Fahrten gingen zu einem Freizeitort, weitere 4,4% zu Einkaufsmöglichkeiten. Der gesamte Rest, also mehr als vier Fünftel machten Arbeitsplatz, Schule und Behörde aus und dann natürlich retour in die eigene Wohnung.

Vielleicht sollten wir ein paar nicht unwichtige Fakten vergleichen: Wie ist es in Wien und wie ist es in vergleichbaren Städten der Bundesrepublik? Die Reisegeschwindigkeit, ohne Zweifel ziemlich entscheidend, beträgt für die Straßenbahn in Wien 14,7 Kilometer pro Stunde, für die innerstädtischen Autobusse (damals) 11,45 Kilometer, für die übrigen Autobusse 18,25 Kilometer (weil sie vor allem am Stadtrand und in den Außenbezirken fahren) und für die Stadtbahn, nona, konstant 24,28 Kilometer pro Stunde. In München hingegen fährt die Straßenbahn 17,2 Kilometer, in Köln 20 Kilometer und in Hannover 20,9 Kilometer pro Stunde. Man sollte dabei nicht vergessen, daß die deutschen Städte noch viel stärker motorisiert sind. Aber was soll es auch. Dank der weisen Planung unserer Stadtväter sind häufig völlig veraltete Garnituren in Betrieb. Und die Motorenausstattung ist so, daß besonders in den Anfahrtszeiten das Stromnetz am Zusammenbrechen ist. Dabei fahren die Wiener nicht einmal sehr weit: Die durchschnittliche Reiselänge beträgt 5,5 km. In Hamburg sind es 6,3 und in Hannover auch noch 5,7 km.

Seit einiger Zeit hat die westliche Welt einer Krise ins Auge zu sehen und wird mit ihr nicht fertig. Trotz aller gegenteiliger Behauptungen spüren wir auch in Österreich schon ziemliche Auswirkungen. Für den Staat wirkt sich das in doppelter Hinsicht aus. Er ist beauftragt, die Auswirkungen der Krise (Arbeitslosigkeit ...) in Grenzen zu halten. Dazu braucht er Geld. Und er gibt es aus für "Investitionsförderung, d. h. die Unternehmer sollen dadurch über Wasser und bei Laune gehalten werden, daß man ihnen im Effekt einen Teil der Profite im Voraus bezahlt. Aber woher nimmt er dieses Geld?

## offensiv links

In unserer nächsten Nummer lesen Sie unter anderem:

- » Zuckerpreiserhöhung – und was kommt jetzt noch?
- » Universität: Solidarität macht stark!
- » Baader-Meinhof: Gegen bürgerliche Klassenjustiz – gegen sinnlose Gewalt
- » Britische Herrschaft in Nordirland

offensiv links 9/10 erscheint Anfang Jänner.

Bestellungen sind zu richten an: FÖJ-Bewegung für Sozialismus  
1040 Wien, Belvederegasse 10  
Tel.: 65-19-52

# Bescherung !

Wenn die Wirtschaft nicht mehr sondern weniger wächst, und das berühmte Nullwachstum ist nur ein schönerer Ausdruck für Krise, dann wachsen auch seine Einnahmen nicht mehr. Das heißt dann fiskalische Krise, und die es zu spüren bekommen, sind am allerwenigsten die, welche vom Fiskus Höchstgehälter erhalten. Wie sollen auch Leute, die gar nicht einmal genau die Höhe ihrer Monstergehälter wissen, verstehen, daß Tarifierhöhungen recht spürbar sind: Für die anderen, die eben täglich z. B. die Straßenbahn benutzen. Und damit sind wir wieder beim Anlaß. Am stärksten betroffen werden die Gemeinden. Aber gerade sie haben bisher die Lasten der sogenannten Sozialtarife zu tragen gehabt. Nicht etwa aus sozialen Motiven, bewahre! Aber in Zeiten einer Hochkonjunktur haben die Arbeiter doch bis zu einem gewissen Grad die Möglichkeit, hohe Tarife durch höhere Lohnforderungen auszugleichen. Sogar in Österreich mit seiner Sozialpartnerschaft, oder Wirtschaftspartner, wie Sie wollen, Herr Dallinger, am Ende kommt es doch auf dasselbe heraus.

Anders steht es in der Krise. Unter der Erpressung der Arbeitslosigkeit bleiben die Reallöhne bestenfalls gleich, wie die letzten Lohnabschlüsse gezeigt haben. Und da sehen jetzt auch die sozialen Gemeinden ihre Stunde gekommen. Zum Teil steht es gar nicht in ihrer Macht. Selbst haben sie kein nennenswertes Steueraufkommen, also müssen sie mit dem auskommen, was ihnen der Gesamtstaat zuweist. Und das wird real weniger, wenn auch nur kurzfristig und im Verhältnis zu dem, was sie leisten können. Damit stehen sie vor einem für sie unlösbaren Widerspruch: Entweder sie geben ihre Sozialleistungen auf, oder sie verschulden sich so, daß sie schließlich sogar in Konkurs gehen müssen, á l'italienne. Was sie nun wählen, hängt von der Stärke der organisierten Arbeiter ab und von ihrer Kampfbereitschaft. Auf jeden Fall geht es aber auf Kosten der Arbeiter, das eine Mal mehr, das andere Mal weniger. In unserem Fall mehr. Denn wir haben ja die Sozialpartnerschaft und mit ihr die Garantie für die Unternehmer, daß nichts passieren kann. Also rauf mit den Tarifen - und folglich runter mit dem Reallohn. Sollten sie sich nicht am Ende doch irren?

## GE protestiert

Arbeiterkammerrat Kurt URBAN (Gewerkschaftliche Einheit) protestierte in einem Brief an Arbeiterkammerpräsident Hrdlitschka energisch gegen die Tarifierhöhungen und verlangte die Einberufung einer Vollversammlung der Arbeiterkammerräte, um "... den gewählten Interessenvertretern der Wiener Arbeiterschaft Gelegenheit zu einer Aussprache über die in ihrem Ausmaß für die Arbeiter, Angestellten und Pensionisten untragbare Belastung zu geben und Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu beschließen."

Solange wir uns mit der Sozialpartnerschaft betrügen lassen, nicht. Nur in solchen Verhältnissen sind derartige Schocktherapien wie im Augenblick möglich. Und das bedeutet: Was wir im Augenblick machen müssen, ist, uns mit aller Kraft gegen die Tarifierhöhungen einzusetzen. Aber das ganze wird nur Effekt und Wirkung haben, auch auf einen so "verantwortungsvollen" Bürgermeister, wenn mit der Sozialpartnerschaft sein Sicherheitsnetz und das der Unternehmer fällt.

KEINE TARIFERHÖHUNGEN  
UND WEG MIT DER SOZIAL-  
PARTNERSCHAFT !!!

# Sozialpolitik der Gemeinde

Es ist noch nicht lange her, da flatterte in jeden Wiener Haushalt eine Werbeschrift der Gemeinde Wien, die das Versprechen der Plakatwände - 'Ein jeder Wiener hat das Recht, zu erfahren, was in seiner Stadt geschieht' - einlösen sollte: schöne Farbbilder vom U-Bahnbau, der Donauinsel, Wohnbauten, Gesundheitseinrichtungen usw. Doch was in dieser Stadt geschieht, sieht jeder Wiener selbst, verspürt er am eigenen Leibe, wenn er durch das tägliche Verkehrsschlamassel zur Arbeit fährt, wenn er ein Spitalsbett braucht, wenn er eine Wohnung sucht. Das warum aber bleibt ihm in der Regel verborgen. Darum neigt der Wiener dazu den Stadtvätern zu glauben und greift bei jeder neuen finanziellen Belastung mit stillem Zorn und

schwacher Hoffnung in die Tasche, um sein Scherlein zur Bewältigung der Probleme beizutragen. Es muß sein, es geht nicht anders. Alle Preise steigen, die öffentlichen Tarife - Gas, Strom, Heizung, Straßenbahn - eben auch.

Die Gemeinde Wien erhebt seit Jahr und Tag den Anspruch, nicht einfach nur Stadtverwaltung, sondern Vorkämpferin sozialer Bestrebungen im Dienste der arbeitenden Bevölkerung zu sein. Tatsächlich gibt es eine große Tradition in dieser Hinsicht, und Wiens Stadtväter schmücken sich nur allzu gern mit den Leistungen ihrer Vorgänger in der 1. Republik, sei es im kommunalen Wohnbau, im Gesundheitswesen etc.

Sicher, selbst in ihren besten Zeiten bewegte sich die Politik der Sozialdemokratie, also auch der Gemeinde Wien immer im Rahmen der gegebenen Gesellschaftsordnung. Wenn die Verfügungsgewalt und die Möglichkeiten bestimmter Teile des Kapitals, z. B. der Hausbesitzer, durch staatliche und kommunale Eingriffe beschränkt wurden, verstieß sie damit nicht gegen das kapitalistische Gesamtinteresse. Im Gegenteil, die Durchführung sozialer Reformen dort, wo es um die Wiederherstellung der Arbeitskraft geht und ihre Beschränkung auf diesem Sektor, sicherte nach beiden Kriegen die Entfaltung und Akkumulation jener Teile des Kapitals (Industrie), die für die Re-

konstruktion der kapitalistischen Wirtschaft entscheidend sind.

#### VON EINER KLASSENPOLITIK ZUR SOZIALFÜRSORGE

Aber immerhin, in diesem Rahmen war die Sozialpolitik der Gemeinde Wien über weite Strecken Klassenpolitik. Das heißt, sie ging von den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung aus und scheute sich nicht, die besitzenden Klassen im besonderem Maß zur Finanzierung heranzuziehen.

Jetzt weist Bürgermeister Gratz den 'richtigen Weg' so: 'Sozialdemokratische Politik bedeutet nicht, Versorgungsleistungen zu verschenken. Sie bedeutet, für jene zu sorgen, die Gefahr laufen, vom allgemeinen Wohlstand übergangen zu werden.' (AZ, 10. Dez. 1974). Sozialpolitik als Klassenpolitik hat längst umgeschlagen in karitative Hilfe der Gemeinde in besonderen Fällen, in Sozialfürsorge. Die Lohnabhängigen haben nicht mehr als Klasse Anrecht auf eine Wohnung als soziales Gut, das Maß der Wohnbautätigkeit wird nicht nach Kriterien der Bedürftigkeit befriedigt. Nur dem individuellen Notfall wird bei Baukostenzuschuß und Miete geholfen. Für die Tarifpolitik gilt das Prinzip der 'Kostendeckung'. In dem einen, wie in dem anderen Fall wird darauf verzichtet, die Unternehmer zur Kostendeckung heranzuziehen. Ganz abgesehen davon, daß alle isolierten Kostenrechnungen einfach Unsinn sind. Als ob nicht der Null-Tarif bei öffentlichen Verkehrsmitteln den Mangel an Personal beheben und was wesentlicher ist, eine schrittweise Verringerung der Straßenbudgetmittel ermöglichen würde.

Anders gesagt, es ist der Einfluß und der Widerstand des mit Auto, Benzin und Straßenbau verbundenen Kapitals, das solche Lösungen verhindert.

#### DIE GEMEINDE IST ABHÄNGIG VOM KAPITAL

Mit Recht haben wir daher in einer früheren Nummer dieser Zeitung geschrieben, daß es falsch ist, das Versagen in der Kommunalpolitik primär den kommunalen, politischen Instanzen vorzuwerfen. Es ist notwendig, die Kritik an der sozialdemokratisch dominierten Gemeinde Wien mit der Offenlegung der dahinterstehenden ökonomischen Interessen zu verbinden.

Zum Unterschied von vielen anderen österreichischen Gemeinden ist die Gemeinde Wien 'dank einer seriösen Finanzpolitik nicht arm' (Gratz in der schon zitierten AZ). Nichtsdestoweniger unterliegt sie einerseits auch den Zwängen staatlicher Politik, die die allgemeinen Interessen der kapitalistischen Wirtschaft widerspiegelt und sie ist andererseits von den Interessen der in Wien beheimateten Kapitalisten abhängig. Die Gemeinde Wien kann ihre eigene Steuerkraft nur erhöhen, wenn sie die Abwanderung von Industrien verhindert bzw. neue Industrien ansiedeln kann. Die kommunale Wirtschaftsförderung, und hier ist von 'Kostendeckung' nie die Rede, reicht von der Aufschliesung von Industriegelände, billigen Grundstückpreisen bis zu einer langen Liste von außerordentlich günstigen Kreditmöglichkeiten. Der Widerspruch zwischen profitorientierter Produktion und den gesellschaftlichen Bedürfnissen zeigt sich auch in der scharfen Konkurrenz um Unternahmergunst zwischen dem schwarzen

Niederösterreich und dem 'roten' Wien, bei der auch viele regionalpolitische Erfordernisse auf der Strecke bleiben. Der Unternehmer aber sucht sich aus, wo er seine Arbeitskräfte besser ausbeuten kann, innerhalb oder außerhalb der Stadtgrenze.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht unter diesen Bedingungen mit einer Zurückdrängung bevölkerungsbezogener zugunsten kapitalbezogener Infrastrukturinvestitionen einher. Die Rechnung zahlen die Arbeiter und Angestellten über ständig und z.B. gegenüber Grundnahrungsmitteln überproportional steigenden Tarifen.

#### DEN KAMPF RICHTIG FÜHREN

Der Berufsverkehr, also der Transport der Ware Arbeitskraft durch öffentliche Verkehrsmittel ist für die Unternehmer im Gegensatz zum Freizeit und Konsumverkehr keine Quelle des Profits. Die Kosten werden auf die Gemeinde abgewälzt, die sie zunehmend der arbeitenden Bevölkerung aufhals, weil sie es nicht wagt, die Unternehmergewinne anzutasten.

Die 'Sachzwänge', die die Gemeinde nach Aussagen der Stadtväter zum Kostendeckungsprinzip zwingen, das ist der gesellschaftliche Zwang, sich den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft zu unterwerfen. Dieser Zwang, wird ungebrochen bleiben, solange die Betroffenen sich nicht dagegen zur Wehr setzen. Jede Bewegung zu diesen Fragen kann nur erfolgreich sein, d.h. sozialistische Arbeiter gewinnen, Klassenbewußtsein schaffen, sich nach links wenden, wenn sie hinter der Gemeinde den bürgerlichen Staat und das Kapital mit seiner politischen Formation, der ÖVP, als Gegner erkennt.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ-Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

## Die Demonstration ist nur ein Anfang

Name:.....

Adresse:.....

.....

Telefon:.....

Bitte ausschneiden, und an FÖJ-BfS, 1040 Wien, Belvederegasse 10 schicken.

Die Demonstration soll nur ein erster Schritt im Kampf gegen die Tariferhöhungen sein. Das Aktionskomitee wird weiterbestehen und es sind weitere Aktivitäten geplant. Wenn Sie Interesse an einer Beteiligung oder Information haben, dann füllen Sie nebenstehenden Abschnitt aus und senden Sie ihn an:

FÖJ-BfS, 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52